

# Beisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigebblatt der Stadt Beisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint  
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.  
Bezugspreis: 2. — 4. vierteljährlich frei ins Haus  
oder durch die Post; in der Expedition  
abgeholt vierteljährlich 1. — 80. —



Insertionspreis  
Der 6-gespaltene Zeitzeile oder deren Raum für Beisenheim 10. —  
außwärtiger Preis 15. — — Reklamenpreis 30. —  
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.  
Nr. 2789 der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 140

Für die Schriftleitung verantwortlich:  
Arthur Jander in Beisenheim a. Rh.

Samstag den 30. November 1918.

Druck und Verlag von Arthur Jander  
in Beisenheim a. Rh.

18. Jahrg.

## Verlangen nach dem Staatsgerichtshof.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg hat einem Pressevertreter gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung über die Schuldfrage Stellung genommen und dabei u. a. erklärt:

„Es ist vollkommen richtig, daß wir Oesterreich beigekommen haben, als es nach dem Attentat von Sarajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatum vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist, jedenfalls soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten.“

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Unser Bestreben, den serbisch-oesterreichischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gesteuert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzen unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, daß England zu diesem Zwecke zuerst eine Konferenz vorschlug, sich aber dann ausdrücklich unserm Vorschlag eines direkten Meinungsaustrausches zwischen Wien und Petersburg anschloß. Wir forderten das Wiener Kabinett energisch auf, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Missverständnisse zu beseitigen, und gaben ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen, wie wir zwar bereit seien, unsere Bundespflichten zu erfüllen, müßten es aber ablehnen, uns von Oesterreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Pflichten in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Glauben Sie, daß man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen, gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann?

Ich lehne den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor

einem unparteiischen Staatsgerichtshof,

dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ob die bayerische Regierung den schiefen Moment zu ihren Veröffentlichungen richtig gewahrt hat, kann ich nicht beurteilen, weil mir ihre Motive unbekannt sind. Ich fürchte, aus einseitigen und fragmentarischen Publikationen kann nur Verwirrung entstehen. Aber ich will ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltunheil trifft.

Herr v. Bethmann erklärte hierzu, daß er bezüglich unseres Einmarsches in Belgien bei jedem seiner am 4. August gesprochenen Worte stehe. Was Elsass-Lothringen betrifft, so habe Wilson selbst anerkannt, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückeroberung Elsass-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsass-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ. Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Verhaltens zu der freigelegenen Hochverachtung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treiberereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollster Weise geföhrt hat. Dazu mannsfähige Mängel unserer inneren Politik.“

## Warum erst Präliminarfrieden?

Am 28. Januar 1871 war der Waffenstillstand, gleichbedeutend mit einer Kapitulation von Paris, geschlossen worden. Er sollte vor allem auch dazu dienen, die Wahl und den Zusammentritt einer gesetzmäßigen Nationalversammlung zu ermöglichen, die besagt war, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Nationalversammlung trat alsdann in Bordeaux zusammen und übertrug Thiers die oberste Vollzugsgewalt. Die neue, auf ordnungsmäßiger Grundlage errichtete Regierung wurde von allen Staaten anerkannt; mit ihr trat Deutschland nun in Unterhandlung. Für Frankreich führte die Verhandlungen Thiers im Verein mit dem Minister Favre, für Deutschland Bismarck. Eine Sonderkommission von

15 Mitgliedern hielt die Verbindung mit der Nationalversammlung in Bordeaux aufrecht.

Noch zweimal wurde der Waffenstillstand, dessen Bedingungen Frankreich in ehrenhaftester Weise erfüllt hatte, verlängert. Doch kamen die Verhandlungen nur schrittweise vorwärts, da Thiers französische Boden nicht abtreten wollte. Er wollte nur die Festungen Straßburg und Metz zugeben und als Ersatz dem Deutschen Reich — Luxemburg anbieten, das er — gekauft (!) hätte. Auf diese seltsame Idee ging Bismarck nicht ein, doch verzichtete er, dem Einfluß Englands nachgebend, auf Belfort. So einigte man sich am 24. Februar im wesentlichen auf folgende Bedingungen: Das nordöstliche Lothringen mit Metz und Diedenhofen und das Elsass außer Belfort werden abgetreten; Frankreich zahlt 5 Milliarden Francs, davon 1 sofort, den Rest in drei Jahren; je nach Eingang der Zahlungen werden die deutschen Besatzungstruppen Nord- und Ostfrankreich räumen zufolge einem genau vereinbarten Plan; die Besatzungen werden zurückgegeben. Die eigentlichen Friedensverhandlungen finden nach Anerkennung des Präliminarfriedens in Brüssel statt.

Es waren dies im wesentlichen die gleichen Bedingungen wie des endgültigen Friedensschlusses. Am 26. Februar wurde der Vorfriedensvertrag vom Reichskanzler und den süddeutschen Ministern für Deutschland, von Thiers und Favre für Frankreich unterzeichnet. Zwei Tage später legte Thiers die Urkunde der Nationalversammlung in Bordeaux vor. Tags darauf wurde der Vertrag mit 146 gegen 107 Stimmen angenommen und dadurch Paris die Demütigung erspart, das deutsche Belagerungsheer als Sieger einzuziehen zu sehen.

Am 28. März begannen die Verhandlungen zu Brüssel; sie wurden noch einmal abgebrochen, teils wegen innerer Unruhen, teils weil Frankreich hoffte, bessere Soldaten zu erlangen; doch kam bald darauf der Frankfurter Friede zustande.

## Zwischen Krieg und Frieden.

„Die Deutschen sind gute Dinge und fingen.“

Von dem Berichterstatter des amerikanischen Pressedienstes bei einer amerikanischen Armee wird erzählt, daß die Deutschen, die große Vorräte an Lebensmitteln und Munition mit sich führten, durch das schnelle Vorrücken der amerikanischen Abteilungen an der luxemburgisch-deutschen Grenze überrascht worden seien. Während die Deutschen auf dem einen Ufer des Flusses dahinzogen, konnten sie die Amerikaner auf dem anderen Ufer marschieren sehen. Darauf sandten sie einige Offiziere zurück, um die Amerikaner zu ersuchen, nicht so schnell vorzurücken, da es den Deutschen unmöglich sei, so rasch abzumarschieren, ohne in Unordnung zu geraten. Es blieb den Amerikanern nichts übrig, als ihre Bewegungen zu verlangsamen.

Der Bericht schließt: Die allgemeine Absicht des deutschen Kriegsvolkes ist, die besetzten Gebiete ohne Tumult zu verlassen. Die Verwirrung im Transportwesen scheint zu Ende zu sein. Trotz der Niederlage scheinen

die Deutschen gute Dinge

zu sein. Die abziehende Armee läßt wenig Ausrüstungsgegenstände zurück und singt auf dem Rückzug Marschlieder. Der allgemeine Eindruck herrscht, daß, obschon geschlagen,

die Deutschen nicht besiegt sind.

Ihre Haltung den Amerikanern gegenüber ist gutmütig. Nach allen Berichten gehören die Truppen trotz der revolutionären Gerüchte ihren Offizieren und es ist wenig von Unordnung zu sehen.

Dieser Bericht eines bisherigen Gegners berührt ungewisselhaft sympathisch. Es ist erklärlich, daß der Amerikaner, der zuletzt in den Krieg eingetreten ist, am wenigsten von den Hoffnungen der Entente gegen das deutsche Volk angeleitet ist. Daher ist auch anzunehmen, daß die linksrheinischen Gebiete, die vorübergehend von den Amerikanern besetzt gehalten werden, nicht das schlechteste Los, abgesehen von den Dürren der Besetzung an sich, gezogen haben.

Deutsche Einladung an Wilson?

Wie der Berliner „Volk-Anz.“ hört, wird von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt, daß von deutscher Seite eine Einladung an den Präsidenten Wilson gerichtet werden möge, auch Deutschland oder einen deutschen Hafen zu besuchen, falls er sich zur Friedenskonferenz nach Europa begeben sollte.

Frankreich braucht deutschen Kols.

In der letzten Sitzung der Waffenstillstandskommission teilte der französische Vorsitzende ein Telegramm folgenden Inhalts mit: „Auf Befehl von Marschall Foch werden die Rüge in Elsass-Lothringen entsprechend dem Vorschreiten der französischen Truppen bis zu den Ufern der Vorposten; diese dürfen

weder in der einen noch in der anderen Richtung überschritten werden. Ausgenommen sind Lebensmittel- und Materialtransporte. Die Regelung des Personenverkehrs folgt.“

Tringlich ist die Herbeischaffung der notwendigen Mittel für die Industrie in Elsass-Lothringen; dies gilt besonders für Koks aus der Ruhrgegend für Diedenhofen, dessen Heranschaffung seit dem 19. November bereits zugelassen ist.“

Telegramm- und Telephonverkehr nach Lothringen ist bereits wieder zugelassen. Es darf damit gerechnet werden, daß im Laufe der nächsten Tage weitere Erleichterungen im Verkehr mit Elsass-Lothringen zu erwarten sind. — Deutsche Waffenstillstandskommission. Vorstehender Staatssekretär Erzberger.

Es wird hoch sehr schwer gefallen sein, einzugestehen, daß er in mancher Beziehung Deutschland braucht. Die gegenseitigen Wirtschaftsbedürfnisse werden es von selbst dazu bringen, daß die bisherige reine Diktatursprache der Franzosen den Formen der Verhandlung und Verständigung weicht.

U-Boote ohne Kenntnis der Revolution.

Aus Lercil auf der norwegischen Insel Stord wird gemeldet, daß dort 11 deutsche U-Boote eingetroffen seien. Sie kamen aus dem Mittelmeere und waren vollkommen ohne Kenntnis über die Ereignisse in Deutschland, da sie 5—6 Wochen ununterbrochen auf offener See gewesen sind.

Anklagen gegen die „schuldigen Deutschen“.

Im Laufe seiner Rede in Dundee erklärte Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen:

„Wir sind völlig ungebunden hinsichtlich der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskrieg schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen, jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Verbrechen des Krieges zu Lande oder zur See überführt werden kann, oder der nachweislich Verbrechen grausam behandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir imstande sind, unsere Anklagen gegen die Schuldigen vorzubereiten.“

Also neben den französischen prüfen jetzt auch die englischen Berichterhalter die Frage, wie und wievieler von uns „bestraft“ werden sollen. Alle von uns werden sie ja wohl nicht aufhängen wollen. — Bis es so weit ist, wollen wir an dem Wiedererwachen des gequenden Menschenverstandes nicht ganz verzweifeln.

Die Entente arbeitet an der Zerstückelung des Reichs.

„Revue Courant“ schreibt: Die Entente arbeitet bereits an einem Sonderbund aus den südlichen und den rheinischen Gebietsteilen Deutschlands. Wenn Berlin diesen Umständen nicht Rechnung trägt, wird man bald vor unumkehrlichen Ereignissen stehen. Aus der neuen Panzig-Note kann man herauslesen, daß eine Förderung bolschewistischer Grundzüge nur zur Erhöhung des Elends im deutschen Volk beitragen kann. Ihren Bedingungen kann Deutschland nur nachkommen, wenn der Jentcalauschuh in Berlin mit den anderen Reichsteilen sich zur gemeinsamen Arbeit zusammenschließt.

Moskau interniert die polnischen Vertreter.

Das polnische Ministerium des Aeußern hat die Nachricht erhalten, daß die Sowjetregierung die polnische Vertretung in Moskau interniert, einen Teil der Beamten verhaftet und die Papiere beschlagnahmt hat. — Die Sowjet-Regierung hat noch besser als die verlassene deutsche Regierung das Kunststück heraus, sich die ganze Welt zu Feinden zu machen.

Die Ablieferung des rollenden Materials.

Das Reutersche Bureau erfährt, daß Solz erklärt habe, daß die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen hinsichtlich der Auslieferung von Lokomotiven, Eisenbahnwagen usw. sich immer schwieriger gestalten infolge des schlechten Zustandes des rollenden Materials; es wird der Wunsch ausgesprochen, daß die Frist für die Auslieferung bis zum 1. Februar verlängert werde.

Die Beratungen über die Konstituante nehmen guten Fortgang.

Eine amtliche Meldung besagt: Die Verhandlungen über die Vorlage des Reichsamt des Innern betreffend die Wahlen zur Nationalversammlung (Konstituante) nehmen, wie wir von berufener Seite hören, einen guten Fortgang.

Die Meldung ist wohl als Beruhigungspulver gegenüber dem stürmischen Verlangen des ganzen Volkes gedacht.

Räumung der vorzeitig besetzten Südpfalz.

Das Oberkommando der Truppen in der Pfalz teilt mit:

Nach Meldung der pfälzischen Bezirksämter räumen die Ententetruppen die Dörfer an der Südgrenze der Pfalz, welche sie entgegen dem Wortlaut der Waffenstillstandsbedingungen vorzeitig besetzt

haben. Ansehend erfolgt die Wahrung auf Grund des Einpruches der Waffenstillstandskommission.

**Erst kommen wir Engländer, dann —**

In einer Rede in Manchester sagte der Lebensmittelkontrollleur Ghnes: Es herrsche noch immer einigermassen Mangel über das „Ernährung der Deutschen“ genannt wird. Unsere erste Pflicht gilt unserer eigenen Volke und unseren Alliierten, unsere nächste den Neutralen, und dann müssen wir uns vergewissern, wie die wahre Lage in Deutschland und Oesterreich ist. Und selbst dann dürfen wir ihnen keine Lebensmittel geben, wenn sich nicht herausstellt, daß es sowohl humanitär notwendig, wie gute Politik ist. Ganz englisch! Humanität, aber nur, wenn sie zugleich gute Politik ist.

## Forderungen und Wirklichkeit.

**Vor der Katastrophe?**

Die Berliner Reichsleitung setzte sich am Mittwoch in einer großen Versammlung mit den Arbeitern über die heutigen unhaltbaren Arbeitszustände auseinander. Die Regierung hatte zu dem Zweck den Volksbeauftragten Barth entsandt.

Es ist ganz selbstverständlich, erklärte der Redner, daß die Verhältnisse der Arbeiterschaft so geregelt werden müssen, daß dem einzelnen ein frohlicheres und menschenwürdigeres Dasein gesichert ist. Die im Kaufe der Begeisterung erhobenen Forderungen müßten aber immer mit den jeweiligen tatsächlichen Verhältnissen und Möglichkeiten im Einklang stehen. Wenn es so weiter gehe wie in den letzten Tagen, dann sind wir am Ende unseres Lateins, dann müssen wir handieren.

Der Kampf, so wie er heute geführt wird, geht nicht gegen das Unternehmertum sondern gegen die sozialistische Republik.

Der Redner kam dann auf unsere Ernährungsverhältnisse zu sprechen. Nach Kontrolle aber seien die wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies ist von der Kohlenfrage ab. Im November sei die Friedensleistung an Kohlen von 40 000 Waggons im Vergleich auf 24 000 gesunken; während der letzten vier Wochen betrug sie sogar nur noch 8—10 000 Waggons. Im Rheinlande sei die Förderung um ein Fünftel zurückgegangen. In Oberschlesien sei eine Lohnforderung von 25 Mark für den Achtstundentag gestellt worden. Die Gegenforderung für eine Mindest-Arbeitsleistung wurde verweigert. Die Regierung hat eingegriffen und der Arbeiterschaft die unbedingte Bewilligung aller berechtigten Forderungen versprochen. Trotzdem fahren die Leute nicht ein. Das liegt nicht an wirtschaftlichen Fragen, sondern an nationalpolitischer Agitation. Wenn wir keine Kohlen bekommen, dann wird in 14 Tagen

**jeder Gas- und Elektrizitätsbetrieb aufhören.**

Unsere ganze Zukunft hängt erstens von der Kohlenförderung ab, zweitens vom Transport. Das Material wird schlechter und schlechter. Dazu kommt, daß wir 5000 Lokomotiven und 100 000 Eisenbahnwagen an die Entente ausliefern müssen und das übrige rollende Material für die Demobilisation gebraucht wird.

Im Westen ist das Sechsmillionen-Heer glücklich über den Rhein. Es kann aber in der Rhein-Kilometer-Zone nicht stehen bleiben und muß schnell nach Hause gebracht werden. Im Osten stehen insgesamt 600 000 Mann unserer Truppen zwischen Ententeheeren und unfreundlicher Bevölkerung. Hier muß geholfen werden, wenn diese Krieger nicht ebenso erschrecken sollen, wie Napoleons Heer anno 1813. Die Armee Madensien soll entweder interniert werden oder kapitulieren. Die Leute haben aber ihre Waffen! Sie können nicht interniert werden, und kapitulieren werden sie auch nicht. Es schweben Vereinbarungen, um dieses Heer durch französische oder englische Kontingente bis zur deutschen Grenze zu bringen.

Für alle diese Aufgaben ist eine Steigerung der Produktion nötig, denn es muß für 7—8 Millionen Zurückkehrender Arbeit geschaffen werden.

**Friede, Arbeit, Brot,**

ohne diese drei Aufgaben ist der Sozialismus außerstande, sich zu behaupten. Experimente von einzelnen können da nicht unternommen werden. Der Sozialismus soll großartig und organisch für die Allgemeinheit wirken. Es geht nicht, daß einzelne Betriebe aus der Revolution eine Lohnfrage machen und erklären: „Erst wir und dann die anderen!“ Jetzt muß sich alles organisch dem Aufbau des Sozialismus ein- und unterordnen.

Barth fuhr fort: Wir haben zwar verstanden, die Revolution zu machen, aber — das muß ich gestehen —, wir haben bisher nicht verstanden, Arbeiterheere zu organisieren zur Durchführung der notwendigen Arbeiten in der Ernährung. Wenn die Massen sich willig organisieren, wird es möglich sein, alle unterzubringen. Sozialisierung heißt, auf Grund wohlbedachten Planes umgestalten. Es heißt aber nicht, daß jeder nach Gutdünken über den Besitz anderer verfügen kann.“

Mit solchen mächtigenden Worten wird die Reichsleitung nicht weit kommen. Die Arbeiter sehen, wie andere sich göttlich tun und wollen nun ebenfalls ein Wohlleben ohne schwere Arbeit. Daß dies zur Auflösung des ganzen neuen Staatsbaues führen muß, werden sie vielleicht erst einsehen, wenn es zu spät ist.

## Politische Rundschau.

Die Stimmenverhältnisse in der Reichstagskonferenz. Wie der „Vorwärts“ hört, haben sich in der Konferenz der deutschen Bundesstaaten folgende Vertreter für die Einberufung der Rationalversammlung außer den Regierungsv Vertretern ausgesprochen: Ulrich-Hessen, Heymann-Württemberg, Crispian-Württemberg, Weizsäcker-Baden, Eisner-Bayern (bedingt), Haas-Baden und Gradnauer-Sachsen; dagegen nur Werges-Braunschweig und Weitzer-Gotha.

Der Vorschlag, ein Reichspräsidentium zu schaffen, wurde nur zur Kenntnis genommen, eine Abstimmung darüber erfolgte nicht.

Die Stimmen für und heute gegen das Frauenwahlrecht. Der bekannte unabhängige Sozialist Henke in Bremen erklärte neuerdings, daß er, abweichend von seiner 14 Tage vorher in der Bürgerschaft geäußerten Meinung, jetzt die Einführung des Frauenwahlrechtes nicht für wünschenswert halte, da er die Revolution

aus dem Geragdet sehe. Darauf antwortete ihm in den „Bremer Nachrichten“ eine Frau Minna Bahson: „Die Frauen verwahren uns auf schärfste dagegen, zum Spielball männlicher Parteinteressen herabgewürdigt zu werden. Den Frauen gebührt das Wahlrecht, um es auszuüben zum Wohle kommender Geschlechter, für einen wahren Frauen- und Mutterchutz, für bessere Ehe- und Sittlichkeitsgesetze und für einen dauernden Frieden.“

Die Probe auf die Vergeßlichkeit eines komplizierten Betriebes hat der Geh. Kommerzienrat Benkt in Graudenz seinen Arbeitern vorgeschlagen. Er will seinen gesamten Betrieb, der eine gute Kundenschaft hat und fast nur durch Patente geschützte Originalerfindungen herstellt, einer Arbeitergenossenschaft übergeben. Alle Vorräte sollen der Genossenschaft weit unter Tagespreis angeschlossen werden. Auch sollen ihr einige hunderttausend Mark Betriebskapital übergeben werden, das nur mit 3 Proz. verzinst werden soll. Den übrigen Gewinn sollen Arbeiter und Angestellte teilen. Benkt verspricht seiner alten treuen Arbeiterschaft als Konstrukteur noch weiterhin beizustehen. Ein besseres Angebot kann sicher nicht gemacht werden. Hier ist also einmal wirklich aufs leichteste Gelegenheit gegeben, zu beweisen, ob sozialistische Ideen in der Gemeinschaftsarbeit durchführbar sind.

Einiger gegen Eoff. Vom bayerischen Ministerium des Innern wurde nachstehendes Telegramm an den bayerischen Gesandten in Berlin zur Übermittlung an das Auswärtige Amt gesandt:

Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden des Auswärtigen Amtes fortzusetzen, um das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlassen das Ministerium des Auswärtigen des Reiches Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen. Kurt Eisner.“

## Generäle und Soldatenräte.

**Ein Befehl an die Oberste Heeresleitung.**

Der Volksbeauftragte Barth, einer der „Unabhängigen“ in der Sechsmänner-Regierung, erklärte in einer Berliner Versammlung:

Am Dienstag ist es zwischen der Generalkommando und dem Soldatenrat in Vennep zu einem blutigen Zusammenstoß gekommen. Man hat die Mitglieder des dortigen Soldatenrates verhaftet. Noch ist die Schuldfrage nicht geklärt, aber das eine ist sicher, wenn irgendein General, der da glaubt, sich auf seine Truppen stützen zu können, es wagen sollte, an irgendeiner Ecke des Reiches eine Gegenrevolution anzuzetteln, wenn er es wagen sollte, einen Mann der neuen Regierung an die Wand zu stellen, dann werde man gleiches mit gleichem vergelten. Dann werde das Proletariat in den rücksichtslosesten Kampf eintreten, und es werde mit seinem Leben die neu-gewonnene Freiheit zu verteidigen wissen.

Weiter teilte er mit:

Das Kabinett hat der Obersten Heeresleitung den Befehl gegeben, sich von Kassel nach Berlin zu verziehen. Es hat ferner die sofortige Abziehung des Generals Eberhardt verlangt, der als Befehlshaber der 1. Armee am Mittelrhein die Abziehung der 1. u. 2. Armee während seines dortigen Aufenthalts befehlt. Noch ist zur Stunde keine Antwort der Obersten Heeresleitung eingelaufen. Doch hofft man, daß die militärischen Stellen, getreu ihrer Zusicherung, sich dem Willen der Regierung beugen werden.“

So weit Herr Barth. Daß auch sonst zwischen der Armee und der Berliner Regierung nicht alles stimmt, zeigt ein vom B.D. herausgegebenes, von der Regierung also kontrollierter Bericht über

**ein Eingreifen des Ostheeres:**

In Berlin versammelte Delegierte der großen Soldatenräte der 8. und 10. Armee, der Etappe Bug, des Militärregimentes Litauen, sowie des 3. Reservekorps, sämtlich aus dem Osten, in Vertretung von 360 000 Kameraden, haben am 25. November dem Berliner Volkskongress folgende Resolution vorgelegt:

Die einseitige Zusammenziehung des Berliner Soldatenrates bietet und Vertretern der Front keine Gewähr, daß die Interessen der Gesamtheit richtig vertreten werden.

Wir fordern deshalb 1. den unverzüglichen Zusammentritt des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. sofortige Zulassung der von den geschlossenen Armeegruppen der Ost- und Westfront zu entsendenden Delegierten für die Entscheidung aller für das neue Deutschland grundsätzlichen und militärischen Fragen. — In der Nichterfüllung dieser Forderungen erblicken wir die schwerste Gefährdung der deutschen Reichseinheit. Wir erklären noch ausdrücklich, daß die Frontarmee geschlossen hinter der jetzigen Regierung steht. Soldatenräte usw.

In Vertretung dieser Erklärung blieben vier Delegierte der Front in Berlin zurück, um beim Auswärtigen Amt, dem Kriegsministerium und dem Volkskongress die Interessen der im Osten auf Heimkehr harrenden Kameraden zu vertreten.

## lokales und Provinziales.

Geisenheim, 30. Nov. Noch immer kommen Tag und Nacht die Truppen von der Front teilweise mit klingendem Spiel hier durch. Die gewaltigen Lastautos sind geschmückt und gezieret, sie sind mit schwarzweißen Fahnen besetzt, die Soldaten tragen Schleifen in den gleichen Farben und aus allen Augen blinzelt irischer, kräftiger, unermühter Mut. Die mit den leichten Panzern bespannten leichteren Gefährte gleiten rasch durch die Straßen, schwerfällig gerollten die gewaltigen Wagen, vor die deutsche Gänge gespannt sind, daher, und so geht es immer weiter. Die große Hindenburgbrücke ist für das Ueberfahren der Fuhrwerke eingerichtet worden und auf ihr rollen die Bagagen in Masse hinüber um durch den Rheingau nach Osten zu gelangen. Viele Fuhrwerkspferde usw. wurden in der Umgebung unserer Stadt untergebracht, auch hier belegte man die Stallungen soweit solche vorhanden waren. Es ist nicht immer leicht die vielen Pferde unterzustellen weshalb es nötig ist alle Kelterhäuser, gedeckelte Höfe usw. zur Unterbringung bereit zu stellen. Bemerkenswert ist die Stimmung, die unter den Fronttruppen herrscht. Sie ist ganz anders als sie unter den Truppen der Etappe war und auf alle

Fälle viel ruhiger und klarer. Die Mannschaften zeigen sich durchaus nicht damit einverstanden, daß ein überhöhter Waffenstillstand angenommen worden sei, sie waren der Ansicht man habe auch noch mehr herausholen können. Das meiste was in der Front vorgegangen ist ist den Fronttruppen unbekannt, von Umsturz und ähnlichen Dingen wollen sie nichts wissen, während sie sich mit Verbesserungen der Volkswirtschaft, mit vernünftigen gesetzmäßigen Reformen durchaus einverstanden erklären. Es soll aber alles dabei friedlich hergehen. Ein Feldgrauer hat für Tausende von Kameraden in der „Dunst-Zig.“ folgenden Text veröffentlicht: „Auf dem Rückmarsch von der Front haben wir das herrliche Moselland und den schönen Hunsrück durchschritten. Ueberall sind wir von der Bevölkerung auf das Herzlichste aufgenommen worden Städte und Dörfer prangten in reichem Flaggenschmuck. Grüne Ehrenportale mit anerkennenden Willkommensworten grüßten uns. Das war und in träuber Zeit eine reine Herzensfreude. Unser Vertrauen, daß unsern geliebten Vaterlande doch noch eine gute Zukunft blühen wird, wurde dadurch gestärkt. Herzlichen Dank für Alles!“ — So wie an der Mosel und im Hunsrück ist auch die Aufnahme am Rhein. Ueberall Herzlichkeit und Freundlichkeit den Leuten gegenüber, die unter Land solange geschützt und vor dem Feinde bewahrt haben.

Geisenheim, 30. Nov. Wichtig für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten. Der Feind soll Entlassungsbefehle in denen nicht ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus dem Heeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen. Befehle mit anderem Wortlaut werden beim Bezirkskommando umgelauscht. Es empfiehlt sich auch für die am 2. August 1914 noch militärischpflichtigen Personen, die zu keinerlei Heeresdienst eingezogen oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren, sich eine derartige Bescheinigung zu verschaffen. Zweck dieser Bescheinigung ist das Bezirkskommando, daß jeder in seinem Militärpaß, Landtauschschein usw. selber mit Tinte in deutlicher Schrift einträgt: „Aus dem Heeresdienst entlassen“, sodas vom Bezirkskommando nur der Dienststempel darunter gesetzt werden braucht. Behörden, Firmen und Landgemeinden werden gebeten, die Pässe gesammelt zur Abstempelung dem Bezirkskommando durch Boten vorzulegen.

Geisenheim 30. Nov. Den gemeinsamen Bemühungen der Polizeiverwaltung und des Arbeiter- und Bauernrates ist es gelungen, eine Anzahl energischer und zuverlässiger Männer aus der Bürgerschaft zu gewinnen, die bereit sind, den in dieser unruhigen Zeit besonders wichtigen notwendigen Sicherheitsdienst in unserer Stadt zu unterstützen. Statt bisher zwei Nachtwächtern sind von jetzt ab ständig 6 Nachtwächter im Dienst, von denen sich 2 auf der Wache im Rathaus aufhalten, während die übrigen 4 je zu zweit in den Straßen der zu diesem Zweck in 2 Bezirke geteilten Stadt patrouillieren. Die Sicherheit von Personem öffentlichen und privaten Eigentum dürfte hierdurch erheblich besser geschützt sein als bisher und die Gründung einer Bürgerwehr, wie sie in anderen Städten besteht, für die aber hier wenig Neigung vorhanden war, vielleicht erübrigen. Hoffen wir, daß das Leben in unserer Stadt weiter so geordnet und ruhig weiter geht wie bisher und ein Eingreifen der Sicherheitsorgane möglichst wenig nötig wird. Von unseren Mitbürgern dürfen wir erwarten, daß sie selbst alles mögliche zur Aufrechterhaltung dieser Ordnung und Sicherheit beitragen und insbesondere die Beamten in ihrem oft so leichten Dienst verständnisvoll unterstützen. Das ist die beste „Bürgerwehr“

Der Verkauf von Heerespferden. Die Verkaufungen der Pferde geschehen im allgemeinen nach den Bestimmungen des Demobilisationsplanes mit den durch die Verhältnisse gebotenen folgenden Abweichungen und Ergänzungen:

Mit den Bestimmungen ist ohne weiteres zu beagnen, eine besondere Ermächtigung des Kriegsministeriums ist nicht abzuwarten.

Von den nicht mehr arbeitsfähigen Pferden sind nur die zu veräußern, die wieder arbeitsfähig zu werden vermögen. Die übrigen sind zum Schlachten den Provinzial- und Landesfleischstellen anzubieten. Die Fleischstellen haben zu zahlen: für den Reiner Lebendgewicht 75 Mark bei besser, 60 Mark bei mittlerer, 50 Mark bei geringer Beschaffenheit des Fleisches.

Von den Verfeigerungen der arbeitsfähigen Pferde bleiben Händler nach wie vor ausgeschlossen. Die Verfeigerungen werden nur in den Demobilisationsorten vorgenommen. Die Bebozuzugung der mit Kriegsanleihe Zahlenden bei den Verfeigerungen bleibt in Kraft.

Seuchenanmeldungsverbändige Pferde sind getrennt von den übrigen zu verkaufen. Eine Liste der Käufer ist nach jeder Verfeigerung der Ortspolizeibehörde zur Verbütung der Seuchenverschleppung zur Kontrolle zu übersenden. Ausreisen von Pferden haben zu unterbleiben.

Der Postverkehr nach dem Ausland. Die bisherigen aus militärischen Gründen getroffenen Beschränkungen im Brief-, Postkarten-, Drucksachen- und Zeitungsverkehr nach dem nichtfeindlichen Ausland sind sämtlich aufgehoben worden. Es bleiben nur noch bestehen die Bestimmungen, wonach Briefe nach dem Ausland offen aufgegeben werden müssen, und Briefsendungen (einschließlich der Postkarten und Drucksachen) außer in deutscher nur in den für den Briefverkehr mit dem Ausland bisher zugelassenen fremden Sprachen abgefaßt sein dürfen. Ferner bleiben alle Beschränkungen für den durch die Post vermittelten Geldverkehr mit dem Ausland aufrechterhalten.

Die Feldpost nach dem Osten. Briefe und Postkarten an die Angehörigen der Ostheere können wieder aufgegeben werden. Falls verhandene und wohl auch unrichtige Zeitungsanzeigen haben Störungen eintreten lassen, die von den Beteiligten im fernen Osten schmerzlich empfunden werden. Zur Sperrung der Nachrichtenpost nach den Ostheeren liegt keine Veranlassung vor. Wir warten sehnsüchtig auf Nachrichten von unseren Angehörigen. Die zurückmarschierende und noch im besetzten Gebiet notwendige Truppe braucht unbedingt diese unmittelbare Verbindung mit Haus und Herd. Sie abschneiden, hieße die Beunruhigung, die ohnedies vorhanden ist, bis zur Unentraglichkeit steigern.

Die Viehzählung findet statt. Gegenüber aufgetauchten Zweifeln, ob die auf den 4. Dezember angelegte Viehzählung stattfinden soll, wird halbamtlich mitgeteilt, daß eine Aenderung von den maßgebenden Stellen nicht beabsichtigt ist. Die Viehzählung findet demnach statt.

Die Gänse werden billig. Als eine Folge des bevorstehenden Friedensschlusses ist es anzusehen, wenn die Preise für Gänse in den letzten Tagen erheblich zurückgegangen sind. Im Oderbruch, wo die Gänsezucht im großen betrieben wird, ist der Preis für das Pfund Schlachtgewicht um nahezu 50 Prozent gesunken. Auch aus anderen Gegenden berichten die Tageblätter von niedrigen Gänsepreisen, die darauf zurückzuführen sein sollen, daß von Polen aus große Mengen geschlachteter Gänse auf den Markt geworfen werden. Die Tiere wurden bisher zurückgehalten, um hohe Preise daraus zu erzielen. Das rächt sich jetzt bitter, zumal die Preise weiter Reizung zum Sinken haben. Man will deshalb die Gänse schnell loschlagen, ehe sie noch billiger werden.

Aus dem Rheingau. Das Ergebnis der 1918er Weinernte war immerhin soweit befriedigend. Die Menge überstieg die des vergangenen Jahres fast allgemein. Freilich ließ die Güte zu wünschen übrig, doch hat sie durch das längere Hinausziehen derlese, das wiederum auf Kosten der Menge erfolgte, eine Einbuße erlitten. Geschäftlich herrschte kein besonderer Verkehr. Der meiste Wein wurde eingelegt. Zu 3000-3300 M. sind wohl Weine aus kleineren Lagen zu erwerben.

Vom Mittelrhein, 29. Nov. Der Oberpräsident der Rheinprovinz als Chef der Rheinstrombauverwaltung teilt mit: Für den Rheinübergang der Truppen des Feldheeres werden auf der Strecke von Bingen bis Kaiserswert folgende Ponton- und Schiffsbrücken geschlagen: bei St. Goar bei km. 54,2, bei Neuwied bei km. 100,3, bei Brohl bei km. 118,2, bei Mehlem km. 142,0, bei Niederhollendorf bei km. 143,6, bei Mendorf bei km. 158,0, bei Pfaffenwert bei km. 253,7. Mit dem Bau der Brücken ist bereits begonnen.

Camp, 26. Nov. Am 24. Nov. verschied dahier nach kurzem qualvollen Leiden der hochwürdige Herr Dr. Eduard Reih, Pfarrer der hiesigen Gemeinde. Wo der Verstorbene war und wirkte, hat er Spuren seiner Wirksamkeit und Wohlthätigkeit hinterlassen. Er starb an der Grippe, die er sich bei der Krankenpflege zugezogen hatte, im geraden 74. Lebensjahre und fast vollendeten 50. Priesterjahre.

Frankfurt, 27. Nov. Das Generalkommando des 18. Armeekorps wird vorläufig seinen Sitz nicht wieder in Frankfurt a. M. nehmen, sondern in Bad Nauheim. Das stello. Generalkommando des 18. Armeekorps wird demnächst aufgelöst werden. Das Frankfurter Landst. Inf. Reg. 81 wird nach Dillenburg verlegt, das Inf. Reg. 81 nach Braunfels bezw. Wehlart, das Feld. Art. Regt. 63 nach Schlüchtern bezw. Steinau. Das hiesige Kommando der Luftstreitkräfte erhält seinen Standort in Bad Nauheim. Die Verlegungen sind notwendig, da Frankfurt in die vom Militär räumende Neutralitätszone fällt.

## Aus aller Welt.

Sänglinge in Schwarz-Weißrot gekleidet! In Ohlig hat der K. und S.-Nat angeordnet: „Sämtliche Bahnen unterliegen der Befehlsnahme, auch die, die sich in Privatbahnen befinden. Sie sind sofort im Rathaus, Polizeibüro, gegen Leistung abzuliefern. Diese Maßnahme wurde getroffen, um, soweit es in unseren Kräften liegt, die Wäscheversorgung der 28000 Weibchen und Säuglinge sicherzustellen.“

Die frühere Kronprinzessin Cecile hat aus den Borräten des „Cecilienhof“ in Potsdam mehrere Tenter Wägen und mehrere hundert Glas Honig dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Dieser läßt nun davon für die Potsdamer Kriegerkinder der Donigschlucht zum Weihnachtsgeschenk machen.

Regnadigte Doppelmörderin. Die 1. H. wegen Ermordung des Pfarrers Fischer in Aachen und dessen Haushälterin zweimal zum Tode verurteilte Doppelmörderin Katharina Deutz aus Aachen bei Aachen ist, obwohl sie das von ihrem Verteidiger verlangte Gnadengesuch nicht unterzeichnet und lieber die Todesstrafe erleiden wollte, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Das Gnadengesuch ist noch vom Kaiser vor seiner Abdankung unterzeichnet worden.

Ein bekannter Freund der Altertümstunde starb in Köln in der Person des Domkapitulars Schünigen. Sein großes Museum schenkte er schon früher der Stadt. Mit ganz bescheidenen Mitteln, von Dorf zu Dorf, von Haus zu Haus wandernd, suchte er wertvolle Altertümer und fand, was nur ein so bedeutender Kenner wie er, zu finden und zu schätzen wußte. So baute er eine Sammlung auf, die einzig in ihrer Art war.

Der Vorsitzende eines K. und S.-Rates als Schieber. In Bären in Westfalen wurde der Vorsitzende des Arbeiterrates, Sinnimann, und der im benachbarten Steinhäusen wohnende Schuhmacher und Landwirt Küster, ebenfalls Mitglied des Arbeiterrates, als Lebensmittelschieber und Wucherer entlarvt. Sie hatten eben eine Lieferung von 200 Zentnern Weizen aus dem Industriegebiet verkauft, wobei sie, wenn nicht der General-Soldatenrat in Münster dazwischen gekommen wäre, 32.000 Mark verdient hätten. Die beiden betrieben die Schiebererei schon länger. Dabei rebete Sinnemann als Vorsitzender des Arbeiterrates sechs große Töne gegen Wucherer und Schleichhandel.

Gewalttätigkeiten von K. und S.-Räten. In Ahlen verfierte der Arbeiterrat, der Redakteur der Ahlener Volkszeitung, dem man nichtobjektive Berichtserstattung vorwarf, solle zur Auskunftserteilung „binnen“ 10 Minuten vor dem Arbeiterrat erscheinen. Als dies abgelehnt wurde, beantragte der Arbeiterrat beim Soldatenrat die Festnahme und Verführung des Redakteurs, was der S.-Nat in diesem Falle ablehnte.

Untergang eines italienischen Dampfers. Der italienische Dampfer „Rosarola“ ist auf dem Wege von Pola nach Trieste gesunken. Der größere Teil der Passagiere ist umgekommen.

Zwei Handgranaten im Lagerstroh. Kinder des Rangierers Kessold in Sensburg fanden in einem Eisenbahnwagen, den kurz vorher von der Front heimkehrende Soldaten benutzt hatten, zwei Handgranaten. Sie brachten sie in die elterliche Küche und hier geriet eine der Granaten durch Herausreißen der Rändschnur

zur Explosion. Die 12jährige Ida wurde ignerant zugerichtet und war auf der Stelle tot, die Mutter wurde schwer verwundet, zwei weitere Kinder kamen mit leichteren Verletzungen davon.

9 Uhr-Lokalstaus in Berlin. Nach einer dem Berliner Polizeipräsidenten aus dem Ministerium des Innern zugegangenen Anweisung ist die Polizeistunde für Groß-Berlin auf 9 Uhr abends festgesetzt worden. Versammlungen unterliegen nur insofern einer Beschränkung, als nach 9 Uhr abends ein Ausschank nicht mehr stattfinden darf. Zu dieser tief einschneidenden Maßnahme hat weniger die Kohlennot als die durch die durchziehenden Truppen zu erwartende Ueberdöpfung Berlins die Veranlassung gegeben. Schon durch die verführten Arbeitsschichten werden erheblich mehr Menschen in Berlin sein als früher, da der fünfstündige Arbeitswechsel die Einstellung von weit mehr Personen erfordert. Während des Truppeneinmarsches soll ebenso, wie beispielsweise in Köln, in Berlin ein Alkoholverbot in Kraft treten. Der Ausschank von Branntwein und Wein ist verboten. Nur Bier darf zum Ausschank gelangen. Die für Berlin getroffene Maßnahme soll übrigens auch für alle größeren Städte Geltung haben.

Eine Entscheidung darüber, ob die Fahrzeit auf der Straßenbahn verkürzt werden soll, liegt bisher noch nicht vor. Es dürfte aber damit zu rechnen sein, daß sowohl die Straßenbahn wie die Schnellbahn gegen 11 Uhr ihren geregelten Betrieb einstellen werden. Mit Rücksicht auf die nacharbeitenden Betriebe wird man wohl auf Antrag größerer Betriebe besondere Spätschichten einstellen.

## Spielplan des Kass. Landestheater zu Wiesbaden vom 1. Dez. bis 8. Dez.

Sonntag, Ab. D: „Die Hugenotten“ Anf. 7 Uhr (Der Vorverkauf hat bereits begonnen.)  
Montag, Aufgehobenes Abonnement! „Meine Frau, die Hofschaulpielerin“ Anf. 7 Uhr (Der Vorverkauf beginnt am Vorstellungstage vormittags 11 Uhr. Schriftliche Vorbestellungen werden nicht entgegengenommen.)  
Dienstag, Aufgehobenes Abonnement! „Der Waffenschmied“ Anf. 7 Uhr (Der Vorverkauf beginnt am Vorstellungstage vormittags 11 Uhr. Schriftliche Vorbestellungen werden nicht entgegengenommen.)  
Mittwoch, Ab. C: „Die Scharsdorfstern“ Anf. 7 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am Vorstellungstage vormittags 11 Uhr. Schriftliche Vorbestellungen werden nicht entgegengenommen.  
Donnerstag, Ab. A: Zum ersten Male: „Schahrazade“ Anf. 7 Uhr. Oper in drei Akten. Dichtung von Gerdt von Haffewitz. Musik von Bernhard. Der Vorverkauf beginnt am 1. 12. vormittags 9 Uhr.  
Freitag, Ab. C: „Medea“ Anf. 7 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am 1. 12. vormittags 9 Uhr.  
Samstag, „Die Fledermaus“ Anf. 6 1/2 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am 1. 12. vormittags 9 Uhr.  
Sonntag, Ab. D: „Lohnhäuser“ Anf. 6 Uhr. Der Vorverkauf beginnt am 1. 12. vormittags 9 Uhr.

## Katholische Gottesdienstsordnung in Weisenheim.

Sonntag, den 30. November von 4 Uhr an im Geleit zur hl. Beichte.  
Sonntag, den 1. Dezember, 7 Uhr: Frühmesse. 8 1/2 Uhr: Schlußmesse. 9 Uhr: Hochamt. 2 Uhr: Andacht.  
Mit Ausnahme von Dienstag sind täglich um 7 Uhr Koratessen.  
Wegen des Heiligabend-Freitags ist am Donnerstag Nachmittag von 5 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte.  
Nächsten Sonntag ist in der Frühmesse Generalkommunion des Marienvereins und aller Jungfrauen.  
Stiftungen.  
Montag, 6 Uhr: West. hl. Messe für Hermann Brentano, dessen Ehefrau Margaretha und deren Kinder.  
7 1/2 Uhr: Jahrant für Anna Maria Reiber geb. Dang.  
Dienstag, 7 1/2 Uhr: West. Amt für Margaretha Edel und deren Eltern Caspar Edel und Barbara geb. Desfenstein.  
Mittwoch, 6 1/2 Uhr: West. Messe für Heinrich Schwaner.  
7 1/2 Uhr: West. Amt für Maria Veich.  
Donnerstag, 9 1/2 Uhr: West. hl. Messe für Anna Maria Dillmann u. deren Sohn Jakob.  
7 1/2 Uhr: Amt für den im Kriege gefallenen Wendelin Faust, bestellt vom Gesellenverein.  
Freitag, 6 1/2 Uhr: West. Koratemesse.  
7 1/2 Uhr: West. Amt für Johanna Barzelhan und deren Angehörige.  
Samstag, 7 Uhr: West. Messe für die Eheleute Adam Faust und Anna Maria geb. Jakob.  
7 1/2 Uhr: West. Messe für die Lebenden und Verstorbenen der Familie Johann Ritter und Magdalena geb. Zahlfäuser.

## Evangelische Gottesdienstsordnung in Weisenheim.

Sonntag, den 1. Dez. 1918. 1. Advent. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Vorm. 11 Uhr: Kinder Gottesdienst.

## Neueste Nachrichten.

TU Berlin 30. Nov. Es wird mitgeteilt, daß höhere französische Offiziere, die sich in Elsaß-Lothringen aufhalten, an die Palz und am Rheinheffen die Nachfrage haben stellen lassen, ob sie nicht gewillt seien, sich unter französischer Herrschaft zu stellen. Eine Antwort ist selbstverständlich auf die Anfrage nicht erteilt worden.

TU Berlin, 30. Nov. In Saarbrücken erklärten französische Offiziere, daß das Saargebiet und Elsaß-Lothringen französisch seien und bleiben und daß von einer Volksabstimmung keine Rede sein könne. Sie fügten hinzu, daß, wenn das übrige Rheinland sich für Frankreich entscheidet, Frankreich alles tun werde, um seinen gerechten Wünschen Verwirklichung zu verschaffen.

TU Kiel 30. Nov. Das engl. Geschwader, das nach Kiel kommen soll, hat nach einer Mitteilung der Waffenstillstandskommission des Reichsmarineamts gestern morgen 9.30 Uhr Slagen passiert und wurde gestern nachmittags in Kopenhagen erwartet. In Kiel wird das Geschwader mit der Marinekommission des Verbandes unter Vorsitz des Admirals Browning an Bord des Linienschiffes „Perceus“ morgen vormittag erwartet. Die Kommission besteht aus englischen, französischen, italienischen und amerikanischen Mitgliedern. Ob das Geschwader in den Kieler Häfen ein-

laufen oder ankern wird, steht noch nicht fest. Vermutlich werden die Schiffe auf der Reede bleiben. Die Kommission hat die Aufgabe zu kontrollieren, ob die Waffenstillstandsbedingungen auf den Schiffen und in den Häfen erfüllt sind. Gefangene Engländer sind in den letzten Tagen nach Kiel gekommen in der Hoffnung von hier aus auf die beste Art mit den englischen Schiffen in die Heimat zurück kehren zu können. Der Gouverneur von Kiel Reichstagsabgeordneter Roske erklärte gestern abend in einer sozialistischen Versammlung, England wolle mit den Arbeiter- und Soldatenräten nicht verhandeln, und der englische Admiral der nach Kiel kommt, habe ebenfalls abgelehnt, mit den Arbeiter- und Soldatenräten zu verhandeln.

TU Kopenhagen, 30. Nov. „Politiken“ meldet aus London: Die Vorbereitungen zur Friedenskonferenz sind nun im vollen Gange. Der oberste Friedensrat, der in Versailles abgehalten wird, beginnt nicht vor dem Januar, aber die interalliierte Vor-Konferenz wird in der nächsten Woche in London eröffnet und in der zweiten Woche des Dezember in Paris fortgesetzt werden. Ihre Aufgabe ist, die Grundlagen für die Friedenskonferenz und die Wahl der Kommissionsmitglieder vorzubereiten. Diese Kommissionen werden die Arbeit auf der Hauptkonferenz vereinfachen. Die Internationalen Kommissionen werden Fragen von weltumfassender Bedeutung behandeln. Außer den zwischen den Mittelmächten und der Alliierten vereinbarten Bedingungen werden die Grenzen aller Staaten der Welt einer Nachprüfung unterzogen werden, was sicherlich viele Monate beanspruchen dürfte. Alle Staatsmänner der Welt werde gleichzeitig die Aufgabe gestellt werden, Pläne für eine Regelung zu entwerfen, wodurch die Kriegsgefahr zwischen den Nationen in Zukunft vermieden werden kann.

TU Genf 30. Nov. Wie der „Progres de Lyon“ meldet, soll eine internationale Kommission nach Brüssel einberufen werden, um eine Entscheidung über die Art und Weise zu fällen, in der Deutschland versorgt werden soll. Die Erklärungen des Feindes über die bei ihm herrschende Hungersnot erwecken Zweifel und müssen kontrolliert werden. Deshalb ist Hoover nach Europa gekommen. Da Amerika ganz Europa als Vorratskammer dienen muß, so ist es auch recht, daß die internationale Verteilung der Lebensmittel von ihm geleitet wird.

TU Rotterdam 30. Nov. Ein drahtloses Telegramm aus London meldet, daß es zwar noch nicht zu einem formellen Erreichen der Alliierten an Holland gekommen ist, den Kaiser auszuliefern, daß aber ein derartiger bereits vorbereitet werden. „Daily Telegraph“ will wissen, daß der Lordkanzler und die juristischen Berater des englischen Kabinetts, die mit der Untersuchung über die Lage des Kaisers beauftragt, worden sind, ihre Meinung dahin geäußert haben, daß eine Auslieferung durchzuführen sei. Die Franzosen sind durchaus für die Auslieferung. Chamberlain, das Mitglied des Kriegskabinetts sagte in einer Rede in Birmingham, daß die Gesamtregierung die Kaiserfrage gleichfalls erwäge.

TU Wien, 30. Nov. Eine hiesige Zeitung meldet, daß die Verhandlungen der Entente mit den Vertretern Russlands in Jassy zu voller Einigung geführt haben. Die Entente wird an die Spitze des russischen Reiches eine Regierung stellen, deren Zusammensetzung zwischen der Entente und den russischen Parteien vereinbart werden soll. Dieser allrussischen Regierung würden alle die Regierungen der Einzelstaaten untergeordnet werden.

TU Rotterdam, 30. Nov. Die Times meldet aus Washington: Zeit erklärte zur Reise Wilson nach Europa, daß der Senat sich darüber aufregt, daß Wilson sie nicht zu Rate gezogen habe, ehe er seinen Entschluß faßte. Roosevelt sagte, daß Wilson in den jüngsten Wahlen durchgefallen ist, und daß er deshalb von den Alliierten nicht länger als Vertreter des amerikanischen Volkes ausgegeben werden könne sondern lediglich als Vertreter eines Teiles des amerikanischen Volkes. Wilson wird sofort nach der Rougrefrede New York abreisen und sich dort einschiffen. Er fährt nicht als Präsident sondern als Vertreter Amerikas zur Friedenskonferenz.

TU Haag, 30. Nov. Von der holländischen Grenze wird gemeldet, daß in der Nähe von Lüttich auf dem Bahnhof Ans ein Zug mit 30 Munitionswagen explodiert sei. Es gab 80 Tote und viele Verwundete. Der Materialschaden ist groß.

## Rücktransport der Kriegshunde.

Die in der Heimat und im Felde befindlichen mit Diensthunden beladenen Truppenteile haben Anweisung erhalten, die Hunde unmittelbar in ren Besitzern gegen Empfangsbescheinigung zuzuführen. Ueber den Zeitpunkt der Rückführung können nähere Angaben nicht gemacht werden. Es sind hier die gleichen Schwierigkeiten, wie bei dem Rücktransport der Mannschaften zu überwinden. Immerhin ist damit zu rechnen, daß in Anbetracht der schnellen Räumung der besetzten Gebiete und wie gesagt unter Berücksichtigung der Transportschwierigkeiten, dieser oder jener Hund nicht oder erst später zurückgebracht werden kann. Hunde, die von den Besitzern zur freien Verfügung gestellt wurden, auf deren Rückgabe also von vornherein verzichtet wurde, gehen in den Besitz der Heeresverwaltung über.

Es wird gebeten, Anfragen der Hundebesitzer, wann die Rückführung ihres Hundes erfolgt, wo sich das Tier befindet usw., nicht ergehen zu lassen, da die Nachrichten-Mittel-Prüfungskommission Abteilung Kriegshunde unter den heutigen Verhältnissen selbst nichts näheres weiß und daher bestimmte Angaben nicht zu machen vermag.

Die Nachrichten-Mittel-Prüfungskommission spricht bei dieser Gelegenheit allen Hundebesitzern, die ihre Tiere zur Verfügung stellen, ihren besten Dank aus. Die Hunde haben viel Gutes geleistet.

Nachrichten-Mittel-Prüfungskommission Abteilung Kriegshunde (früher Inspektion der Nachrichtentruppen) Charlottenburg, Suarezstraße 13, 4. Etage.

## Bekanntmachung.

Das Bezirks-Kommando Wiesbaden wird am 30. November abends geschlossen und aufgelöst.  
Bezirks-Kommando Wiesbaden.

## Bekanntmachung.

Die Regierung in Wiesbaden hat mit dem 1. 12. 18 in dem Gebäude Verticamstr. Nr. 3 ein  
**Kreis-Meldeamt**  
für die Kreise

Wiesbaden-Stadt  
Wiesbaden-Land  
Rheingau  
Unter-Taunus

eingesetzt.

Das Kreis-Meldeamt ist zuständig für:

- Anmeldung entlassener Heeresangehöriger.
- Regelung etwaiger persönl. Ansprüche derselben, sowie Zahlung rückständiger Gebühren, Entlassungsgelder. Eine besondere Bekanntmachung hierüber folgt noch.
- Bearbeitung der Renten- und Versorgungssachen Kriegsbeschädigter.

Alle vom Militär entlassenen Personen haben sich umgehend bei dem Kreis-Meldeamt anzumelden.  
Wiesbaden, den 27. November 1918.

Der Regierungs-Präsident.

## Bekanntmachung.

**Wichtig für alle männlichen Personen, die am 2. August 1914 das 45. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten.**

Der Feind soll Entlassungsbescheinigungen, in denen nicht ausdrücklich angegeben ist, daß der Inhaber aus dem Heeresdienst entlassen ist, nicht anerkennen. Bescheinigungen mit anderem Wortlaut werden beim Bezirkskommando umgetauscht.

Es empfiehlt sich auch für die am 2. August 1914 noch militärpflichtigen Personen, die zu keinerlei Heeresdienst eingezogen oder durch ihre Tätigkeit zurückgestellt waren, sich eine derartige Bescheinigung zu verschaffen. Zwecks schneller Abfertigung bittet das Bezirkskommando daß jeder in seinem Militärpaß, Landsturmschein pp. selbst mit Tinte in deutlicher Schrift einträgt: „Aus dem Heeresdienst entlassen“, sodas vom Bezirkskommando nur der Dienststempel nur darunter gesetzt werden braucht. Behörden, Firmen und Landgemeinden werden gebeten, die Pässe gesammelt zur Abstempelung dem Bezirkskommando durch Boten vorzulegen. Der letzte Paßvermerk ist mitzubringen.

## Bekanntmachung.

Die Zulassung zu Versteigerungen arbeitsfähiger Pferde bei der Demobilisierung an Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe usw. erfolgt künftig nur auf Grund besonderer Zulassungstypen (Pferdelarten). Es sind zu unterscheiden:

- rote Pferdelarten für bevorzugte Zulassung
- weiße Pferdelarten für nicht bevorzugte Zulassung.

Für die bevorzugte Zulassung auf rote Karten kommen nur solche Gebraucher von Pferden in Frage welche zu den kleinen unbemittelten Landwirten und Gewerbetreibenden zu zählen sind, und insbesondere diejenigen unter ihnen, welche durch Verwundung im Felde in ihrer Erwerbstätigkeit beeinträchtigt sind, oder Angehörige, die den Ernährer der Familie aus Anlaß des Krieges verloren haben.

Antragsformulare, deren Ausfüllung von den Antragstellern selbst zu erfolgen hat, können beim Bürgermeisterei entnommen werden.

Geisenheim, den 30. November 1918.

Bürgermeisteramt.

## Bekanntmachung.

Zur Verstärkung der städtischen Nachtwache sind vorübergehend die Herren:

Wendlin Störzel  
Wilhelm Pfeifer  
Jakob Rügler  
Peter Biernat  
Jakob Rothaupt  
Johann Fabian  
Josef Dreiß  
Heinrich Werltator

als Hilfnachtwächter verpflichtet worden.

Sie versehen den Nachtwachdienst gemeinsam mit den bisherigen ständig angestellten Nachtwächtern. Ihren Anordnungen ist in gleicher Weise Folge zu leisten wie den Anordnungen der übrigen Organe des Sicherheitsdienstes.

Die Hilfnachtwächter sind kenntlich durch eine weiße, mit dem Stempel der Stadt verlebene Armbinde. Sie führen im Dienst einen von der Polizeiverwaltung und dem Arbeiter- und Bauerrat ausgestellten Ausweis bei sich.

Die Wache im Rathaus ist bis auf weiteres von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens besetzt.

Geisenheim, 30. Nov. 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Der Arbeiter- und Bauerrat.

## Arbeiter- und Bauerrat, Geisenheim.

Sonntag Vormittag 10 Uhr  
**Versammlung**  
bei Chr. Ober (Gasthaus Kränfel).

## Bekanntmachung.

### Stundenweise Einschränkung der Gasabgabe.

Der Gasverbrauch ist in den letzten Tagen derart gestiegen, daß es trotz Höchstleistung der Ofenanlage mit der zur Zeit verfügbaren Kohle nicht mehr möglich ist, die unbeschränkte Abgabe wie bisher aufrecht zu erhalten.

Die unterzeichnete Verwaltung sieht sich daher gezwungen, vorübergehend Maßnahmen zu treffen, welche die ungehinderte Abgabe in den Haupt-Tages- und Nachtzeiten sicherstellen.

Die Gasabgabe wird deshalb erstmals morgen Freitag, den 29. ds. Mts. und an den folgenden Tagen von nachmittags 1/2 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit gesperrt, das heißt, der Druck wird soweit vermindert, daß eine Entnahme unmöglich ist. Zur Verhütung vor größeren Schäden und Unglücksfällen bleibt das ganze Verteilungsnetz unter leichtem Druck. Es ist deshalb streng darauf zu achten, daß während dieser Zeit alle Hähne vollständig geschlossen gehalten werden.

Sollte sich an einer Verbrauchsstelle Gasgeruch bemerkbar machen, so schließe man vorsichtshalber den Haupthahn der Zuleitung, öffne das Fenster und benachrichtige das Städt. Gaswerk (Fernsprecher Nr. 216).

Die Wohnnahme dürfte nur für einige Tage notwendig werden. Es wird alles geschehen, daß nach Ansammlung eines genügend großen Vorrates die ungehinderte Abgabe schnellstmöglich wieder stattfinden kann. Diese ist jedoch nur dann möglich, wenn die Bevölkerung den Verbrauch im Haushalt und Gewerbe freiwillig auf den unbedingt notwendigen beschränkt.

Rüdesheim, den 30. Nov. 1918.

Die Verwaltung der städtischen Werke: Kraß.

Wird hiermit veröffentlicht:

Geisenheim, den 26. Nov. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

## Bekanntmachung.

### An die Bauhandwerker!

Zur Steuerung der Wohnungsnot und Förderung des Bauwesens wird ermoget, Bauholz bereit zu stellen insoweit solches in den hiesigen Stadtwaldungen vorhanden ist. Namentlich handelt es sich um Eichen- und Buchenholz. Die in Betracht kommenden Bauhandwerker wollen ihre Wünsche wegen Bezugs von derartigem Holz der hiesigen Bürgermeisterei innerhalb 8 Tagen zur Kenntnis bringen.

Geisenheim, den 30. Nov. 1918.

Der Bürgermeister: Dr. Schneider.

## Freiwillige Versteigerung.

Am Dienstag, den 3. Dezember 1918,

von vormittags 9 1/2 Uhr ab,

versteigere ich zu Geisenheim in dem Kellerhaus im Nassauer Hof, nachstehend verzeichnete Gegenstände öffentlich, meistbietend, gegen gleich bare Zahlung: 150 div. gute Stühle, 12 div. Tische, 8 eif. runde Tische mit Marmorplatte, div. eif. Gartentische und Stühle, 1 kompl. Billard, 5 Kleiderständer, 1 Schlafzimmer-Einrichtung aus Kirschbaum, bestehend aus 2 Betten, 2 Nachtschränken mit Marmorplatten, 1 Waschkommode mit Marmorplatte und Spiegel, 1 Spiegelschrank, 1 Tisch, 2 Stühle, 1 Kofferbock u. dergl. mehr.

Rüdesheim, den 29. November 1918.

Schnellert,

Rechtsvollzieher in Rüdesheim a. Rh.

An der Spitze steht

Dr. Guntner Delwachs-  
Fiederpuß

# Nigrin

denn es entspricht allen

Anforderungen:

Gibt wasserfesten Hochglanz, macht das Leder weich, wasserdicht und dauerhaft, verdringt auch bei starker Kälte nicht.

Hersteller auch des beliebten Parfettbodenwachs „Nobelin“:  
Carl Guntner, Göttingen.



Schutzmarke

Empfehle mein reichhaltiges Lager in Weinbergspfählen.

Tannene, geriffene Kieferne, Gold-Lärche Primiffia, gesägte, kyanifizierte, Rundstäbe kyanifiziert, Weinbergspfähle imprägniert und kyanifiziert, in Länge von 1,50, 1,75, 2 Meter und höher.

Große Auswahl Pfähle zur Baumpflanzung imprägniert und kyanifiziert.

Imprägnierte Pfähle zur Baumanlage in 2 bis 4 Meter Länge 5-12 Zentimeter Topfstärke.

Wer jetzt kauft und bezieht tut gut daran.

Verkauf ab Lager gegen Kasse, Versand gegen Nachnahme.

Elisabeth Dillmann,  
vorm. Gregor Dillmann.

Aus dem Felde zurück, habe ich meine Praxis wieder aufgenommen.

Sprechstunden: wochentäglich von 9-12 und 2-5 Uhr.

Hans Sebök, Dentist

Bingen a. Rh.

Kirchstr. (Ecke Hasengasse).

## F. J. Petry's Zahn-Praxis

Gegründet 1890 Bingen a. Rh., Neuhau Mainzerstr. 5<sup>9/10</sup>

Neu! Petry's Patent-Gebissentahler. Deutsche Reichspatent.

Oberersatzstücke mit diesem Sauger gefertigt, halten unbedingst fest. Die Petry Patent-Posthalter können auch in jedes alte Gebiss Oberersatzplatte angebracht werden. Preise billigst! Spezial: Goldkronen aller Systeme. Unsichtbare Porzellan-Plomben. Schmerzloses Zahnziehen in Narkose. Füllen der Zähne und Reinalgen nach den neuesten Erfahrungen der Wissenschaft.

## ARBEITER

nehmen an die

Geisenheimer Kaolinwerke.

### Ein-Familienhaus sofort zu verkaufen

5 Zimmer, Küche mit Spülraum, großer heller Souterraun, Keller und Speiskammer, Badezimmer, Zentralheizung, Gas und Elektrizität, Garten, herrlicher Rundblick. Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Ztg.

Zuverlässiges

### Mädchen

oder Frau für halbe Tage gesucht.

Frau v. Lade.

### Lippmanns Keimtod

beste Stalldesinfektion empfiehlt P. Jos. Klein, Geisenheim, Steinheimerstr.

### Ohnenfleischertrakt Erfag

eingedickte Suppenwürze frisch eingetroffen. Frau Rothhaupt Marktstraße.

Hotel, Restaurant, Cafe  
**Hotel zur Linde**  
Telefon Nr. 205.

### Kathol. Gesellen- u. Jünglings-Berein

Kath. Männerapostolat.  
Morgen in der Frühmesse  
General-Kommunion.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Präses.

## Sekt

nur zudergefüßt kauft und erbitet Preisangebote mit Markenangabe.  
Hans Bähr, Berlin-Friedenau, Kaiserallee 114.

### Besuchskarten :: Buchdruckerei Jander

Prima Schöfferhof  
Flaschenbier  
J. Bach (zur Krone.)

### Kreisverband für Handwerk

u. Gewerbe i. Rheingaukreis

Geschäftsstelle: Rüdesheim,

Kirchstr. 8

erteilt Rat und Auskunft und gewährt Beistand in allen Angelegenheiten des Handwerks und Gewerbes.  
Beratung für Jedermann.

## DRUCKSACHEN

IN EINFACHER UND FEINER

AUSFÜHRUNG LIEFERT DIE

BUCHDRUCKEREI A. JANDER

## Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der Geisenheimer Zeitung (18. Jahrg.)  
Exo.: Winkel Landstr. 53b  
Fernsprech-Anschluss Nr. 123:

## Kriegs-Trauerbildchen

als Andenken an Gefallene, in verschiedenen Mustern erhältlich in der Geschäftsstelle der Geisenheimer Ztg.